

**AUSSENSICHT**

Hannes Androsch über die umstrittenen Pläne der Regierung für eine Sicherungshaft für Asylwerber

Macht uns nicht zu Alpin-Uiguren!

Die Bundesregierung setzt derzeit nicht nur ein nächtliches Ausgehverbot für Asylwerber durch, sondern plant auch die Einführung einer Sicherungshaft für potenziell gefährliche Asylwerber. Damit drängt sich die Frage auf: Kann und darf man Menschen, die keine Straftat begangen haben, präventiv einsperren? Laut führenden Verfassungsjuristen und Menschenrechtsexperten wäre dieser Schritt eine völlig neue Form des Freiheitsentzugs, die bisher in keinem EU-Land existiert. Er würde der Willkür Tür und Tor öffnen, denn wer entscheidet dann auf welcher Grundlage, bei welchen Personen es sich um potenzielle Straftäter handelt? Es ist eine zentrale Errungenschaft, dass rechtsstaatliche Verfahren in hohem Maße sicherstellen, dass niemand zu Unrecht eingesperrt wird. Künftig soll das ohne eigenes straf- oder fremdenrechtliches Verfahren

Gerade in Österreich sollte die Kenntnis der Geschichte (1933–1945) genügen, um die Gefahren solcher Verfahren zu erkennen.

auf Basis einer ad hoc (von einem Beamten?) erstellten Gefährlichkeitsprognose geschehen. Das widerspricht klar der österreichischen und europäischen Rechtstradition.

Bislang kennt man derartige Praktiken nur aus Polizeistaaten oder Diktaturen. Gerade hierzulande sollte die Kenntnis der Geschichte (1933–1945) genügen, um die Gefahren dieser Vorhaben zu erkennen. Aufschlussreich ist auch der Blick ins heutige China. Dort hat Peking die Provinz Xinjiang, in der die muslimische Minderheit der Uiguren lebt, nach Aussagen der UNO in ein massives Internierungslager verwandelt. Mehr als eine Million Uiguren werden zumeist ohne Anklage oder Urteil festgehalten. Chinesische Volkspolizisten greifen wahllos uigurisch aussehende Personen auf; wer sich nicht kooperativ genug verhält, wird präventiv eingesperrt.

Mit ihren Plänen ist die Bundesregierung auf dem besten Weg, auch uns zu Uiguren, zu Alpin-Uiguren zu machen. Unter dem Vorwand der Sicherheit werden verfassungsrechtlich verankerte Freiheitsrechte beschnitten. Zu Recht hatte Benjamin Franklin bereits 1755 gemahnt: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

Hannes Androsch ist Industrieller und war von 1970 bis 1981 Finanzminister der SPÖ.